

## EP-FH-01 D – WAS FREIHEIT SCHÜTZT

Antragsteller\*in: Bundesvorstand  
Tagesordnungspunkt: EP-FH Was Freiheit schützt

### Antragstext

1 Die Europäische Union (EU) ist ein Raum der Freiheit, der Sicherheit und der  
2 Demokratie. Die Europäer\*innen haben sie auf den Ruinen von Krieg und  
3 Unterdrückung errichtet. Heute garantiert sie, dass wir ohne Grenzkontrollen  
4 reisen können, wo uns früher Stacheldraht, Mauern und Schlagbäume trennten. Sie  
5 sorgt dafür, dass Meinungsfreiheit gilt, wo noch vor wenigen Jahrzehnten  
6 Diktatoren herrschten. Sie schützt den Rechtsstaat. Sie garantiert, dass alle  
7 Europäer\*innen ihre Regierungen frei wählen können – von der Gemeindeebene bis  
8 nach Brüssel.

9 Das Europa, das wir weiter prägen wollen, bietet Sicherheit und Schutz, führt  
10 zusammen und bindet ein. Unterschiede nämlich nicht nur auszuhalten, sondern als  
11 Chance zu begreifen; Brücken zu bauen über Grenzen und Gräben hinweg; das  
12 verbindende Element zu suchen, statt das Trennende tatenlos hinzunehmen: Nichts  
13 anderes ist Gründungsgedanke der EU.

14 Sicherheit und Schutz aber brauchen Organe, die sie schaffen und erhalten. Sie  
15 wollen wir stärken. Extremismus, Desinformation und Kriminalität machen vor  
16 nationalen Grenzen nicht Halt, im Gegenteil: Gerade in den vergangenen Jahren  
17 haben wir erlebt, wie autoritäre Staaten unsere freie Gesellschaft angreifen.  
18 Die EU ist in der Verantwortung, durch Koordination und starke eigene  
19 Institutionen den Schutz zu bieten, den die Bürger\*innen zu Recht erwarten –  
20 zumal diese Erlebbarkeit von Sicherheit und staatlicher Verlässlichkeit das  
21 Vertrauen in den demokratischen Staatenverbund der EU unmittelbar steigert.

22 Die Entwicklung der EU ist eine Entwicklung zu einem immer engeren Bündnis. Das  
23 ist gut, denn wir brauchen das Gewicht und die Fähigkeiten der EU, um viele der  
24 drängenden Probleme unserer Zeit zu lösen. Wie wir das tun, müssen wir in einem  
25 demokratischen Prozess bestimmen. Im Zentrum davon steht das Europäische  
26 Parlament, dessen Rechte wir erweitern wollen. So schaffen wir die Grundlage für  
27 eine föderale europäische Republik mit einer eigenen Verfassung. Auch wenn  
28 Entscheidungsprozesse in Europa zuweilen mühsam und langwierig sind, so stellen  
29 sie doch einen großen Wert da: Sie ersetzen die Gewehrkegel, die nicht mit sich  
30 reden lässt, mit der Kraft des Wortes und der Diskussion. Dabei steht am Ende  
31

32 oft ein Kompromiss, der zwar nicht jede und jeden vollends zufriedenstellt, aber  
alle weiterbringt. Dafür stehen wir ein.

33 Denn der Zuwachs an Freiheit, Sicherheit und Demokratie, für den die europäische  
34 Einigung seit dem Zweiten Weltkrieg gesorgt hat, dürfte in der Weltgeschichte  
35 seinesgleichen suchen. Nicht ohne Grund ist die EU das Zielobjekt von  
36 Extremist\*innen aller Art: Wer meint, dass Frauen nicht die gleichen Rechte  
37 haben sollten wie Männer, wer freie Medien mundtot machen will, wer seine  
38 Interessen durch Desinformation und Hetze durchsetzen will – für den ist die EU  
39 ein Dorn im Auge.

40 Wir finden: gut so.

41 Wir wollen die EU in ihrer Fähigkeit stärken, die Rechte und Freiheiten derer zu  
42 schützen, die hier leben. Unser Credo: Wir schützen unsere Freiheit am besten,  
43 wenn wir sie ausbauen. Wir wollen die europäische Demokratie stärken, damit die  
44 besten Ideen in einen fairen Wettstreit um die Zukunft unseres Kontinents treten  
45 können. Wir wollen die Rechtsstaatlichkeit ausbauen, die allen Bürger\*innen  
46 Sicherheit und gleiche Rechte bietet. Wir wollen eine EU, die für ihre  
47 Bürger\*innen arbeitet. Wir wollen, dass diese über das Europäische Parlament  
48 noch klarer den Kurs mitbestimmen können. Und wir wollen, dass die EU auch im  
49 Inneren, etwa gegenüber Regierungen wie der ungarischen von Viktor Orbán, die  
50 nötige Durchsetzungskraft beweist: Wer gegen die Grundwerte der EU verstößt,  
51 sollte nicht gleichzeitig uneingeschränkt von ihren Privilegien profitieren  
52 können.

53 Die Möglichkeit zur gleichberechtigten Teilhabe aller ist einer dieser  
54 Grundwerte – und eine Grundvoraussetzung für unseren Zusammenhalt. Das gilt  
55 nicht zuletzt für die Rechte von Frauen. Solange die Hälfte der Bevölkerung in  
56 vielen Lebensbereichen benachteiligt ist, solange ist unsere Demokratie nicht  
57 vollständig. Autoritäre Kräfte innerhalb und außerhalb Europas stellen unseren  
58 Zusammenhalt indes infrage, indem sie einzelne Gruppen zum Feindbild erklären.  
59 Das schwächt uns alle und droht unseren Kontinent zu spalten. Dem treten wir  
60 entschieden entgegen. Ein vielfältiges Europa ist ein starkes Europa: Es sorgt  
61 dafür, dass alle beitragen und teilhaben können. Wir stehen fest an der Seite  
62 all jener, die ausgegrenzt und diskriminiert werden. Und weil wir die EU als  
63 Vorreiterin einer wertegeleiteten Digitalisierung sehen, wollen wir Demokratie  
64 und Rechtsstaatlichkeit auch im Netz sichern.

65 Die EU ist stark, wenn sie im Kern ein Wertebündnis ist. Diese Werte müssen  
66 dabei glaubwürdig gelebt werden. Das gilt nicht zuletzt im Umgang mit Menschen,  
67 die nach Europa kommen wollen – oder müssen. Das Sterben im Mittelmeer und die  
68 Lage an den europäischen Außengrenzen sind unhaltbar. Wir stehen für Humanität  
69 und Ordnung im Umgang mit Geflüchteten und Migrant\*innen. Wir wollen Schutz  
70 bieten und zugleich Einwanderung so gestalten, dass diejenigen, die als

71 Informatikerinnen oder Krankenpfleger, als Studentinnen oder Erntehelfer zum  
72 Erfolg unserer Gemeinschaft beitragen wollen, diesen Beitrag auch leisten  
73 können.

74 In Vielfalt geeint, so lautet das Motto der EU. Gemeinschaft soll sie sein,  
75 Gemeinschaft soll sie bleiben – über alle Unterschiede und Herausforderungen  
76 hinweg. Wir setzen uns ein für eine EU, die sich als Motor für ein immer engeres  
77 Zusammenwachsen unseres Kontinents versteht. Für einen Kontinent, in dem die  
78 Menschen in Freiheit und unter demokratischen Werten sicher leben. Für eine EU,  
79 die ein Zuhause bietet. Dieses Europa wollen wir sein.

## 80 **1. Demokratische Institutionen**

### 81 **Rechtsstaatlichkeit verteidigen**

82 Die Achtung von Menschenwürde, Freiheit, Demokratie, Gleichheit und  
83 Rechtsstaatlichkeit einschließlich der Rechte von Minderheiten bilden das  
84 Fundament der EU. Wenn Regierungen in Mitgliedstaaten diese Wertebasis  
85 systematisch aushöhlen, indem sie die Unabhängigkeit der Justiz – die erste  
86 Wächterin des Rechtsstaats – aushebeln, Freiräume der Opposition und  
87 Zivilgesellschaft beschneiden, eine freie Presse bekämpfen, Minderheiten- und  
88 LGBTIQ\*-Rechte einschränken, das Recht auf Asyl verweigern oder Korruption Tür  
89 und Tor öffnen, schwächen sie die EU. Deshalb ist es unverzichtbar, dass die  
90 bestehenden Rechtsstaatsinstrumente konsequenter und schneller genutzt und  
91 weiterentwickelt werden.

92 Die Grundrechtecharta, das Grundgesetz der EU, wollen wir zum Schutzschirm für  
93 Europas Bürger\*innen machen. Da sich ihre Anwendung auf die Durchführung von EU-  
94 Recht durch die EU- Organe beschränkt, ist ihre Schutzwirkung bislang  
95 beschränkt. Das wollen wir ändern: Sie soll auch für das Handeln der  
96 Mitgliedstaaten gelten und einklagbar werden. Wenn eine Regierung die  
97 Grundrechte ihrer Bürger\*innen verletzt, soll sie dafür auch auf europäischer  
98 Ebene belangt werden können. Auch die Durchsetzbarkeit der Urteile des  
99 Europäischen Menschenrechtsgerichtshofs, der über die Einhaltung der  
100 Europäischen Menschenrechtskonvention wacht, wollen wir innerhalb der EU  
101 stärken.

102 Dem bestehenden Rechtsstaatscheck und dem Rechtsstaatsdialog, mit denen die Lage  
103 der Rechtsstaatlichkeit in allen Mitgliedstaaten durchleuchtet wird, wollen wir  
104 mehr Gewicht verleihen. Wir sorgen dafür, dass besonders der Freiraum für die  
105 Zivilgesellschaft gezielter bemessen und geschützt wird. Um den Reformdruck zu  
106 erhöhen, setzen wir auf verbindliche Reformvereinbarungen zwischen der EU und  
107 den Mitgliedstaaten, die perspektivisch sanktionsbewehrt werden müssen.  
108 Öffentliche Debatten hierzu im Europäischen Parlament müssen zur Regel werden

109 und in die Bewertungen einfließen. Das Rechtsstaatsverfahren nach Artikel 7, das  
110 in einem mehrstufigen Verfahren zum Beispiel zum Entzug des Stimmrechts führen  
111 kann, soll wieder nutzbar gemacht werden. Das soll dadurch geschehen, dass die  
112 Mitgliedstaaten im Europäischen Rat in allen Phasen des Verfahrens nicht mehr  
113 mit Konsens, sondern mit qualifizierter Mehrheit abstimmen.

114 Die Auszahlung von EU-Mitteln soll an die Einhaltung der Rechtsstaatlichkeit,  
115 demokratischer Prinzipien und der Grundrechte geknüpft werden. Um den Missbrauch  
116 europäischer Steuergelder etwa durch systematische Korruption, Günstlings- und  
117 Vetternwirtschaft zugunsten bestimmter Parteien wirksam zu stoppen, darf die  
118 Überprüfung nicht allein stehen bleiben. Auch eine wirksame Gewaltenteilung und  
119 die umfängliche Gewährung der Grundrechte sind entscheidend. Deshalb erweitern  
120 wir den Haushaltsmechanismus auf die Einhaltung der Grundrechtecharta. Das  
121 heißt: Bei Verstößen müssen EU-Gelder anteilig und gegebenenfalls stufenweise  
122 eingefroren werden.

123 Für eine Stärkung unserer gemeinsamen Werte setzen wir auf eine zwischen Rat,  
124 Kommission und Europäischem Parlament besser abgestimmte, sich gegenseitig  
125 verstärkende Anwendung aller Rechtsstaatsinstrumente. Die jeweiligen  
126 Erkenntnisse führen wir zu einer gemeinsamen Bewertungsgrundlage zusammen. Um  
127 einen regelmäßigen Charta-Check zu garantieren, den alle Mitgliedstaaten  
128 akzeptieren, schaffen wir eine unabhängige Expert\*innen-Kommission, die die EU-  
129 Kommission unterstützt. Wollen Mitgliedstaaten künftig EU-Fördermittel erhalten,  
130 müssen sie sich verpflichten, mit der europäischen Staatsanwaltschaft zu  
131 kooperieren. Bei Mittelkürzungen dürfen am Ende aber nicht die Menschen in den  
132 Kommunen die Leidtragenden sein, weil sich korrupte Regierungen aus ihrer  
133 finanziellen Verantwortung stehlen und lieber mit dem Finger nach Brüssel  
134 zeigen. Daher prüfen wir, wie Kommunen direkt unterstützt werden können.

### 135 **Mehr Demokratie wagen**

136 Die Stärkung der EU muss mit ihrer weiteren Demokratisierung und mehr Bürgernähe  
137 einhergehen. Dazu wollen wir das direkt gewählte Europäische Parlament weiter  
138 stärken. Das Parlament soll dem Rat gesetzgeberisch in allen Politikfeldern  
139 gleichgestellt sein und wie jedes Parlament gleichberechtigt Gesetze  
140 beschließen, etwa in der Steuer- oder Sicherheitspolitik. Es soll ein  
141 vollwertiges Initiativrecht erhalten, damit es eigenständig Gesetze auf den Weg  
142 bringen kann. Wir wollen sein Recht ausbauen, Untersuchungsausschüsse  
143 einzuberufen und Zeug\*innen vorzuladen. Außerdem soll es die Kommission auf  
144 Vorschlag der Kommissionspräsidentin bzw. des Kommissionspräsidenten wählen und  
145 im Notfall wieder entlassen können.

146 Für mehr demokratische Legitimierung der Entscheidungen auf EU-Ebene braucht es  
147 mehr Transparenz im Europäischen Rat und in den Ministerräten. Die Debatten und  
148 die Positionen der einzelnen Mitgliedsländer sollen nachvollziehbarer gemacht

149 werden.

150 Unsere Vision ist die Föderale Europäische Republik mit einer europäischen  
151 Verfassung. Das Parlament soll in einem Zweikammersystem zusammen mit dem Rat  
152 ein gleichberechtigter Teil der gesetzgebenden Gewalt werden.

153 Um die Europawahlen europäischer und demokratischer zu machen, wollen wir, dass  
154 alle Parteien Spitzenkandidat\*innen nominieren. Aus deren Reihen wiederum wählt  
155 das Europäische Parlament den nächsten Präsidenten bzw. die nächste Präsidentin  
156 der Kommission. Zudem sind bei der Europawahl bislang nur Kandidat\*innen aus dem  
157 jeweils eigenen Land wählbar. Das wollen wir im Sinne eines  
158 grenzüberschreitenden Wahlkampfes ändern. Ein Teil der Abgeordneten soll  
159 zukünftig nicht mehr allein über die nationalen Listen, sondern über europäische  
160 transnationale Listen bestimmt werden.

161 Junge Menschen mischen sich ein und wollen Europa mitgestalten. Deshalb war die  
162 Einführung des Wahlrechts ab 16 Jahren in Deutschland für die Europawahl ein  
163 großer Erfolg.

164 Ergänzend zur demokratischen Vertretung der Bürger\*innen im Europäischen  
165 Parlament wollen wir mehr direkte Teilhabe auch auf EU-Ebene ermöglichen.

166 Mit dem Europäischen Bürger\*innenforum können europäische Bürger\*innen, die nach  
167 dem Zufallsprinzip aus der gesamten Bevölkerung der EU ausgelost werden, in  
168 einem Bürger\*innen- Gutachten konkrete Handlungsvorschläge formulieren. Das war  
169 das Prinzip der Europäischen Zukunftskonferenz. Wir wollen dieses Instrument  
170 fest verankern.

171 Die Europäische Bürgerinitiative (EBI), bei der Bürger\*innen direkt ein Thema  
172 auf die Tagesordnung der europäischen Politik setzen können, wollen wir  
173 erweitern, verbindlicher und bekannter machen. Einer erfolgreichen EBI muss  
174 zwingend innerhalb eines Jahres ein Gesetzesvorschlag der Europäischen  
175 Kommission folgen und dem Europäischen Parlament sowie dem Rat zur Abstimmung  
176 vorgelegt werden. Die Initiator\*innen einer EBI sollen als Zwischenschritt auch  
177 ein Europäisches Bürger\*innenforum einberufen können.

## 178 **Handlungsfähiger werden**

179 Angesichts der vielfältigen Herausforderungen sind wir auf eine handlungsfähige  
180 EU angewiesen. Deshalb wollen wir zum einen mit der Ausweitung von  
181 Mehrheitsentscheidungen Entscheidungen schneller ermöglichen. Wo bisher noch  
182 Einstimmigkeit zwischen den Staaten erforderlich war und Entscheidungen deshalb  
183 leicht blockiert werden konnten, soll in Zukunft mit qualifizierter Mehrheit  
184 abgestimmt werden. Dabei ist es wichtig, dass die Interessen kleinerer

185 Mitgliedstaaten weiterhin Gehör finden.

186 Zum anderen wollen wir die in den Verträgen vorgesehene Klausel der Verstärkten  
187 Zusammenarbeit (Passerelle-Klausel) besser nutzen. Sie erlaubt es einer Gruppe  
188 von mindestens neun EU-Mitgliedstaaten, in ausgewählten Politikfeldern enger zu  
189 kooperieren und gemeinsam Projekte anzustoßen. Damit können sie schneller  
190 wichtige Projekte auf den Weg bringen. Wichtig für uns: Dabei soll das  
191 Europäische Parlament einbezogen werden – und alle anderen Mitgliedsländer  
192 sollen sich auch zu einem späteren Zeitpunkt anschließen können.

193 Einige der Reformen sind ohne Vertragsänderung möglich. Sie sollen zügig und  
194 zeitnah in die Realität umgesetzt werden. Eine Reihe der Reformvorschläge, für  
195 die wir eintreten, bedarf einer Vertragsänderung. Dafür wollen wir einen Konvent  
196 unter der Einbeziehung von EU- Bürger\*innen einberufen. Dieser soll die  
197 Empfehlung der wegweisenden Konferenz zur Zukunft der EU einbeziehen. Hier waren  
198 Bürger\*innen maßgeblich an der Formulierung von neuen Perspektiven für die EU  
199 beteiligt.

## 200 **Korruption bekämpfen**

201 Demokratie lebt vom Vertrauen der Bürger\*innen, jeder Anschein käuflicher  
202 Politik richtet Schaden an. Wir sorgen deshalb für mehr Transparenz im  
203 Europäischen Parlament, in der Kommission und im Rat, um die Glaubwürdigkeit  
204 demokratischer Prozesse und das Vertrauen in die EU zu stärken. Wir machen  
205 Lobbyinteressen und Interessenskonflikte für alle sichtbar. Mit dem  
206 Korruptionsskandal einzelner Europaabgeordneter aus dem Jahr 2022 ist das  
207 dringlicher denn je.

208 Den Verhaltenskodex des Europäischen Parlaments stellen wir endlich scharf. Bei  
209 Verstößen müssen finanzielle Strafen auf dem Fuße folgen. Mit einem für alle EU-  
210 Institutionen, auch den Rat, verbindlichen Lobbyregister legen wir auf allen  
211 politischen Ebenen offen, wer in den Institutionen ein- und ausgeht. Diejenigen,  
212 die auf die Gesetzgebung Einfluss ausüben, machen wir durch einen „legislativen  
213 Fußabdruck“ sichtbar, der umfassend nachvollziehbar macht, welche Positionen im  
214 Gesetzgebungsprozess eingebracht wurden.

215 Wir beenden die unwirksame reine Selbstkontrolle und schalten eine unabhängige  
216 Ethikbehörde ein, die für alle EU-Institutionen die Regeln zur Lobbykontrolle  
217 durchsetzt. Beim Wechsel zwischen Politik und Wirtschaft sorgen wir für klare  
218 Karenzzeitregeln, die an Übergangszahlungen angepasst sind, und für deren  
219 Kontrolle.

220 Mit einer EU-weiten Datenbank, die politische Onlinewerbung sowie ihre Auftrag-  
221 und Geldgeber\*innen transparent erfasst und digitaler Wahlkampfwerbung bei der  
222

223 Nutzung persönlicher Daten klare Schranken setzt, garantieren wir mehr Fairness  
224 im demokratischen Wettbewerb und mehr Schutz gegen Desinformation und  
Onlinehass.

## 225 **2. Feminismus**

### 226 **Europa zum Motor für Frauenrechte machen**

227 Frauen und Mädchen sollen in der gesamten EU gleichgestellt und selbstbestimmt  
228 leben können. In Politik, Wirtschaft, Kultur, Wissenschaft und Gesellschaft –  
229 überall gibt es noch viel zu tun. Oft war Europa die Vorreiterin für  
230 Frauenrechte und Gleichstellung der Geschlechter. Doch rechte und  
231 rechtskonservative Kräfte in vielen Ländern nehmen unsere Errungenschaften ins  
232 Visier. Sie versuchen durch eine rückwärtsgewandte Familienpolitik, Frauen aus  
233 dem Arbeitsmarkt zu drängen. Reproduktive Rechte, besonders das Recht auf  
234 Schwangerschaftsabbruch, werden offen infrage gestellt, Errungenschaften im  
235 Kampf gegen Gewalt an Frauen werden zurückgedrängt. Dem stellen wir uns mit  
236 aller Macht entgegen.

237 Unser Ziel ist es, dass die EU eine Garantin für Geschlechtergerechtigkeit auf  
238 unserem Kontinent bleibt. Geschlechtergerechtigkeit soll sich durch alle  
239 Politikbereiche der Union ziehen. Deshalb wollen wir das EIGE (European  
240 Institute for Gender Equality) stärken und ausbauen.

241 Die Gender-Equality-Strategie der EU-Kommission, die 2025 ausläuft, muss zügig  
242 und umfangreich evaluiert werden. Auf Grundlage dieser Ergebnisse werden wir in  
243 der kommenden Legislatur einen ambitionierten Plan erstellen, um mit großen  
244 Schritten in Sachen Gleichberechtigung voranzukommen.

245 Alle Menschen müssen selbst über ihren Körper und ihr Leben entscheiden können.  
246 Wir wollen auch deswegen, dass die EU die Selbstbestimmungsrechte von Frauen und  
247 Mädchen stärkt. Dazu gehört, dass die reproduktive Gesundheit und das Recht auf  
248 körperliche Selbstbestimmung sowie selbstbestimmte Familienplanung für alle  
249 sichergestellt sind. Wir wollen den uneingeschränkten Zugang zu  
250 Verhütungsmitteln stärken. Eine professionelle Beratung zur Familienplanung ist  
251 die Grundlage für selbstbestimmte Entscheidungen. Sie muss breit in der EU  
252 verfügbar sein. Die Initiative, das Recht auf Schwangerschaftsabbruch in der EU-  
253 Grundrechtecharta zu verankern, unterstützen wir.

### 254 **Chancengleichheit auf dem Arbeitsmarkt verwirklichen**

255 Alle profitieren davon, wenn Frauen bessere Chancen auf dem Arbeitsmarkt haben.  
256 Als Ingenieurinnen, Erzieherinnen, Ärztinnen und in unzähligen weiteren Berufen  
257 schaffen sie Wohlstand – für Europa und für sich: Denn eine faire Beteiligung am

258 Arbeitsmarkt hilft Frauen, ihre wirtschaftliche Situation zu verbessern und zum  
259 Beispiel Altersarmut zu vermeiden. Um dieses Ziel zu erreichen, wollen wir auch  
260 politisch den Weg ebnen.

261 Der Gender-Pay-Gap, also die Lücke zwischen den Löhnen von Männern und denen von  
262 Frauen, klappt in allen EU-Ländern. Im Durchschnitt liegt er bei 12,1 Prozent,  
263 in Deutschland sogar bei circa 18 Prozent. Deshalb war die Verabschiedung der  
264 Lohntransparenzrichtlinie ein großer Erfolg. Sie schafft mehr Transparenz durch  
265 Auskunftsansprüche und Berichte, Entschädigungsansprüche bei  
266 geschlechtsspezifischer Lohndiskriminierung und stärkt so die Rechte der  
267 Arbeitnehmerinnen. Wir setzen uns mit aller Kraft dafür ein, dass diese  
268 Richtlinie auch in den Mitgliedstaaten konsequent umgesetzt wird. Und natürlich  
269 müssen sogenannte Sorge- und Care-Berufe, die hauptsächlich von Frauen ausgeübt  
270 werden, durch bessere Arbeitsbedingungen und Bezahlung aufgewertet sowie die  
271 gerechtere Verteilung von bezahlter Arbeit und unbezahlter Sorgearbeit zwischen  
272 Frauen und Männern verbessert werden.

273 Um für Frauen die gleichen Zugangs- und Aufstiegschancen auf dem Arbeitsmarkt zu  
274 schaffen und die Geschlechtergerechtigkeit zu erhöhen, wurde vom Europäischen  
275 Rat eine Vereinbarkeitsrichtlinie erlassen. Diese soll es Eltern  
276 partnerschaftlich ermöglichen, Berufs- und Privatleben miteinander zu  
277 vereinbaren. Mit der Familienstartzeit, die Partner\*innen nach der Geburt eine  
278 14-tägige berufliche Freistellung ermöglicht, wird die Bundesregierung hier  
279 einen weiteren Schritt zur Erfüllung tun und Paare bei der partnerschaftlichen  
280 Arbeitsteilung unterstützen. Eine gute und partnerschaftliche Vereinbarkeit von  
281 Beruf und Familie ist eine effektive Maßnahme, um dem existierenden  
282 Fachkräftemangel durch eine höhere Erwerbsquote von Frauen entgegenzuwirken.  
283 Denn: Viele Frauen möchten gern mehr arbeiten und immer mehr Männer wünschen  
284 sich, Familienaufgaben paritätisch aufzuteilen – die Bedingungen lassen es aber  
285 nicht zu.

286 Besonders auffällig ist der geringe Anteil von Frauen in allen Bereichen der  
287 sogenannten MINT-Berufe und den entsprechenden Studiengängen. Das gilt für ganz  
288 Europa. Angesichts des Arbeits- und Fachkräftemangels ist es geradezu  
289 fahrlässig, auf dieses Potenzial zu verzichten. Entsprechend wollen wir das  
290 Arbeitskräfteangebot für den MINT-Bereich verbessern. Auf EU-Ebene fordern wir  
291 deshalb bessere Finanzierungsmöglichkeiten für Darlehen und  
292 Eigenkapitalfinanzierungen für junge Unternehmerinnen und Innovatorinnen durch  
293 EU-Fonds und Programme sowie die Erleichterung des Zugangs von Frauen zu  
294 bestehenden Fonds, aber auch zu gut bezahlten Arbeitsplätzen.

### 295 **Gewaltschutz durchsetzen**

296 Wir wollen ein Europa, das Schutz und Unterstützung für alle Opfer von  
297 geschlechtsbasierter Gewalt bietet. Wir setzen uns dafür ein, dass Gewalt gegen

298 Frauen verhindert bzw. verfolgt und verurteilt wird. Ein wichtiger Baustein  
299 dafür ist die finanzielle Unabhängigkeit von Frauen, da sie die Trennung von  
300 gewalttätigen Partnern erleichtert und somit eine wichtige Voraussetzung für ein  
301 selbstbestimmtes Leben ist. Die Istanbul-Konvention ist das erste Instrument in  
302 Europa, das rechtsverbindliche Standards speziell zur Bekämpfung von Gewalt  
303 gegen Frauen und häuslicher Gewalt festlegt. Endlich wurden durch die Initiative  
304 der Bundesregierung auch in Deutschland sämtliche Vorbehalte zurückgenommen. Bis  
305 heute aber haben sechs Mitgliedstaaten – Bulgarien, die Tschechische Republik,  
306 Ungarn, Lettland, Litauen und die Slowakei – diese Konvention noch nicht  
307 ratifiziert. Deshalb ist es ein großer Erfolg, dass die EU selbst umfassend und  
308 ohne Ausnahmen der Istanbul-Konvention beigetreten ist. Wir wollen, dass alle  
309 Leistungen der Mitgliedstaaten zum Schutz von Frauen mindestens den  
310 Verpflichtungen aus der Istanbul-Konvention und ihrem erläuternden Bericht  
311 entsprechen – einschließlich der Standards für Unterkünfte, Betreuungsstellen  
312 für Opfer sowie Notrufstellen. Nun muss auch die ergänzende neue EU-Richtlinie  
313 zur Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt zügig verabschiedet  
314 und umgesetzt werden.

#### 315 **Menschenhandel bekämpfen**

316 Menschenhandel ist eine schwere Straftat und Menschenrechtsverletzung, die wir  
317 durch ein gemeinsames europäisches Vorgehen konsequent bekämpfen müssen. Die  
318 verbreitetste Form des Menschenhandels in der EU geschieht zum Zweck der  
319 sexuellen Ausbeutung. Betroffene werden gezwungen, unter menschenunwürdigen  
320 Bedingungen in der Prostitution zu arbeiten. Mehr als die Hälfte der Opfer von  
321 Menschenhandel zum Zweck der sexuellen Ausbeutung in der EU sind EU-  
322 Bürger\*innen, überwiegend Frauen und Mädchen.

323 Wir wollen die internationale Zusammenarbeit bei der Prävention, Strafverfolgung  
324 und zum Schutz der Betroffenen entlang der bereits bestehenden Vereinbarungen  
325 stärken. Darüber hinaus machen wir uns bei der anstehenden Überarbeitung der EU-  
326 Opferschutz-Richtlinie dafür stark, dass alle Opfer von Straftaten besser  
327 geschützt werden. Wir wollen den Zugang zu Informationen über Opferrechte  
328 stärken sowie eine gute Koordination zwischen den Mitgliedstaaten, öffentlichen  
329 Stellen und den Justizbehörden sicherstellen. Dabei muss der Opferschutz im  
330 Zentrum des Handelns stehen. Opfer von Menschenhandel einfach abzuschieben, ist  
331 falsch. Stattdessen würden ihre Anzeige- und Aussagebereitschaft durch  
332 Schutzprogramme und dauerhafte Bleiberechte erhöht und die Strafverfolgung der  
333 Täter\*innen erleichtert.

#### 334 **Die Hälfte der Macht zur Realität werden lassen**

335 Solange Frauen in Schlüsselbereichen von Wirtschaft, Politik und Gesellschaft  
336 nicht angemessen vertreten sind, ist die Demokratie nicht vollständig. Auch in  
337 Europa müssen wir immer noch mit der Lupe suchen, um Frauen in Aufsichtsräten

338 und Vorständen zu finden. Wir begrüßen, dass die Richtlinie zu  
339 Führungspositionen nun endlich in Kraft treten konnte. Denn verbindliche Quoten  
340 sind ein effektives Mittel, um Führungsgremien in Wirtschaft und Politik  
341 geschlechtergerecht zu besetzen, auch in den Institutionen der EU selbst. Auch  
342 die Kommission selbst soll geschlechterparitätisch besetzt werden.

343 Um die finanzielle Macht in Europa geschlechtergerechter zu gestalten, wollen  
344 wir ein effektives Gender Budgeting und Gleichstellungschecks für den EU-  
345 Haushalt durchsetzen. Es ist uns gelungen, künftige EU-Haushalte gerechter für  
346 alle Geschlechter aufzustellen: In der neuen Haushaltsordnung ist nun  
347 festgeschrieben, dass die Vergabe von EU-Geldern nach Geschlechtern transparent  
348 gemacht wird. Dadurch werden bestehende Ungerechtigkeiten bei der  
349 Mittelverteilung sichtbar und können korrigiert werden. Zudem hat die Kommission  
350 eine Methode zur Messung der Auswirkungen von Haushaltsmitteln auf die  
351 Gleichstellung entwickelt. Diese muss aber in einigen Bereichen noch verbessert  
352 werden. Aufgrund der neuen Datenlage muss der nächste Mehrjährige Finanzrahmen  
353 geschlechtergerecht gestaltet werden.

### 354 **3. Europas Vielfalt**

#### 355 **Zivilgesellschaft stärken**

356 Europa zeichnet sich durch seine Vielfalt und das Miteinander verschiedener  
357 Menschen aus. Queere Menschen, Menschen mit und ohne Behinderung, Atheist\*innen  
358 und religiöse Menschen, Junge und Alte bringen jeweils ihre Lebensperspektiven  
359 ein, gestalten unser Miteinander und unsere Demokratie. Unsere pluralistische  
360 Demokratie ist stark, weil sie in Bürgerinitiativen und Parteien, Vereinen und  
361 Nichtregierungsorganisationen (NGOs) eine lebendige Zivilgesellschaft gestalten.  
362 Es ist Aufgabe der EU, diese Freiheitsrechte zu sichern.

363 Wir unterstützen deshalb die europäische Zivilgesellschaft dabei, sich selbst  
364 grenzüberschreitend zu denken und zu organisieren. Im Europäischen Parlament  
365 haben wir erfolgreich eine Initiative für ein europäisches Vereinsrecht auf den  
366 Weg gebracht. So sorgen wir dafür, dass zivilgesellschaftliche Initiativen  
367 überall in Europa rechtlich abgesichert arbeiten können.

368 Zivilgesellschaftliche Initiativen sind häufig die erste Anlaufstelle für  
369 Menschen, die Diskriminierung und Gewalt erfahren. Damit sie Betroffene  
370 angemessen beraten können, wollen wir die bestehenden Beratungsstrukturen weiter  
371 fördern und ausbauen.

372 Wir setzen uns dafür ein, dass Förderprogramme wie „Bürgerinnen und Bürger,  
373 Gleichstellung, Rechte und Werte“ (CERV) angemessen ausgestattet werden. So  
374 fördern wir Initiativen und Selbstvertretungsorganisationen, die sich für die

375 Gleichberechtigung aller Menschen stark machen und dort aktiv sind, wo  
376 Rechtsstaatlichkeit und Demokratie besonders unter Druck stehen.

377 Religion und Glauben haben eine integrative Kraft in der Gesellschaft und sind  
378 Bestandteil unserer Kulturen. Sie sind die Grundlage vieler Gemeinden und  
379 Einrichtungen, die zum Zusammenhalt beitragen. Religionsfreiheit ist konstitutiv  
380 für eine vielfältige und freie Gesellschaft. Menschen, die aufgrund ihres  
381 Glaubens oder ihrer Weltanschauung verfolgt werden, verdienen unseren Schutz.  
382 Wir wollen den interreligiösen Dialog vertiefen und Gemeinden dabei  
383 unterstützen, Menschen verschiedenen Glaubens miteinander in Kontakt zu bringen.  
384 Wir sind überzeugt, dass im gegenseitigen Respekt und im Dialog auf Augenhöhe  
385 unser vielfältiges Europa gestärkt wird.

### 386 **Diskriminierung überwinden**

387 Sicherheit, das Recht auf körperliche Unversehrtheit und Bürger\*innen-Rechte  
388 gelten für alle Menschen. Sie sind die Voraussetzung für ein Leben in Freiheit.  
389 Sie müssen unabhängig davon gelten, woher ein Mensch kommt, wie er oder sie  
390 liebt, lebt oder glaubt. Ein Europa, das in seiner Vielfalt zusammenhält und die  
391 Rechte jedes und jeder Einzelnen schützt, schafft demokratischen Fortschritt,  
392 Teilhabe und Freiheit für alle. Um dieses Versprechen einzulösen, muss die EU  
393 konsequent mit rechtlichen Maßnahmen gegen Diskriminierung vorgehen.

394 Noch immer ist Antisemitismus bis in die Mitte der europäischen Gesellschaft  
395 tief verwoben. Jüdische Einrichtungen werden bedroht und angegriffen. Dem  
396 stellen wir uns entschlossen entgegen. Dies gilt in besonderer Weise für uns als  
397 Deutschland und dem Versprechen „Nie wieder!“, dem sich auch Europa nach dem  
398 Zweiten Weltkrieg und der Shoah verpflichtet hat. Es ist die Aufgabe aller  
399 Mitgliedstaaten, die Sicherheit jüdischer Gemeinden zu gewährleisten und  
400 sicherzustellen, dass Jüdinnen und Juden in Europa eine sichere Zukunft sehen.  
401 Wir befürworten deshalb die Aufstockung der europäischen Gelder für  
402 Sicherheitsprojekte, um sie dabei zu unterstützen. Als Europäer\*innen ist es  
403 nicht nur unsere Aufgabe, Antisemitismus in all seinen Formen entgegenzutreten,  
404 sondern auch jüdisches Leben in seiner Vielfalt sichtbar zu machen und zu  
405 stärken. Um das Wissen über das jüdische Leben allgemein sowie Kontakte und  
406 Erfahrungen mit jüdischen Menschen europaweit zu vermitteln, wollen wir  
407 politische und kulturelle Bildungsangebote fördern.

408 Muslim\*innen bilden die zweitgrößte Religionsgemeinschaft in Europa.  
409 Muslimisches Leben gehört zu Europa und ist zugleich zur Zielscheibe von rechten  
410 und verschwörungsideologischen Bewegungen geworden. Wir begrüßen es, dass die EU  
411 nach langer Zeit endlich die Stelle der EU-Koordinatorin gegen  
412 Islamfeindlichkeit neu besetzt hat. Ihre Rolle wollen wir stärken.

413 Wir wollen, dass die Bekämpfung von Antiziganismus eine neue Priorität wird und

414 sich dabei von paternalistischen Ansätzen verabschiedet. Denn Menschen mit  
415 Romani-Hintergrund werden beim Zugang zu Bildung, Gesundheit, Wohnen und Arbeit  
416 oft benachteiligt. Damit die politische Teilhabe und der Einsatz gegen  
417 Antiziganismus gefördert werden, richten wir ein europäisches Beratungsgremium  
418 ein. Diesem gehören unter anderem Expert\*innen für Roma- Politik,  
419 Selbstvertretungsorganisationen und lokale sowie regionale Gebietskörperschaften  
420 an.

421 Menschen, die Diskriminierung erfahren, sei es durch öffentliche Institutionen,  
422 auf dem Wohnungs- oder auf dem Arbeitsmarkt, dürfen nicht allein gelassen  
423 werden, sondern müssen Recht und Gesetz auf ihrer Seite wissen. Die EU hat durch  
424 ihre Vorgaben den Schutz gegen Diskriminierung bereits erheblich verbessert. Um  
425 das Schutzniveau zu vereinheitlichen und zu stärken sowie Schutzlücken zu  
426 schließen, wollen wir, dass die 5. Antidiskriminierungsrichtlinie endlich  
427 verabschiedet wird. Das Amt der bzw. des Antirassismusbeauftragten der  
428 Europäischen Kommission soll gestärkt und über 2025 hinaus besetzt werden. Wir  
429 unterstützen die Minority-SafePack-Initiative und wollen Minderheitenrechte wie  
430 den Erhalt von Sprache, Kultur und Identität in der EU stärken.

#### 431 **Queere Rechte schützen**

432 Die Möglichkeit, sich frei zu entfalten und in der eigenen Individualität leben  
433 zu können, ist ein Kern der europäischen Werte. Obwohl queere Menschen in den  
434 letzten Jahrzehnten viele ihrer Rechte erfolgreich erkämpfen konnten, erleben  
435 wir, dass autoritäre Kräfte versuchen, diese wieder zurückzudrehen. Nicht selten  
436 ist ein selbstbestimmtes Leben in Sicherheit für lesbische, schwule, bisexuelle,  
437 trans\*, inter\* und queere Menschen (LGBTIQ\*) nicht möglich, weil ihre Rechte  
438 eingeschränkt oder sie im Alltag angefeindet oder angegriffen werden. Diesen  
439 Versuchen stellen wir uns klar entgegen, ganz egal aus welcher Motivation sie  
440 geschehen oder von wem sie ausgehen.

441 Auf unsere Initiative hin hat das Europäische Parlament die EU zur „LGBTIQ\*  
442 Freedom Zone“ erklärt. Wir setzen uns auf dieser Grundlage dafür ein, dass die  
443 EU-Kommission und der Rat alle ihnen zur Verfügung stehenden Instrumente –  
444 inklusive Vertragsverletzungsverfahren und Sanktionen – nutzen, um das  
445 systematische Vorgehen von Regierungen gegen LGBTIQ\*-Personen sowie die  
446 Demontage von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit zu stoppen.

447 Familie ist dort, wo Menschen Verantwortung füreinander übernehmen – ob mit zwei  
448 Müttern, alleinerziehend oder Mutter und Vater. Landesgrenzen dürfen nicht  
449 darüber entscheiden, ob Kinder mit ihren Eltern aufwachsen, denn das Recht auf  
450 Freizügigkeit muss auch für Regenbogenfamilien ohne Wenn und Aber gelten. Wir  
451 streiten dafür, dass eine in einem EU-Land begründete Elternschaft, eingetragene  
452 Partnerschaft oder gleichgeschlechtliche Ehe in der gesamten Union anerkannt  
453 wird.

454 **Inklusion verwirklichen**

455 Die europäische Behindertenbewegung hat sich erfolgreich für ihr Recht auf  
456 Gleichstellung und Teilhabe eingesetzt. Mit der Verabschiedung der UN-  
457 Behindertenrechtskonvention haben sich die EU-Mitgliedstaaten verpflichtet, alle  
458 Barrieren abzubauen, die der Teilhabe am politischen und gesellschaftlichen  
459 Leben im Weg stehen. Wir wollen dafür sorgen, dass die inklusive Gesellschaft  
460 endlich in ganz Europa Wirklichkeit wird.

461 Um selbstbestimmtes Leben zu ermöglichen, wollen wir eine stärkere Förderung von  
462 selbstständigem Wohnen, inklusivem Leben und Arbeiten. Dazu wollen wir unter  
463 anderem das Werkstättensystem reformieren – denn sozialer Schutz und  
464 Mindestlöhne müssen auch für Menschen mit Behinderung gelten.

465 Schlechte Nutzbarkeit von Webseiten, Stufen ohne Rampe, zu enge Türen – Menschen  
466 mit Behinderung, aber auch ältere Menschen oder mobilitätseingeschränkte  
467 Personen erleben in ihrem Alltag unterschiedliche Barrieren, die ihre Teilhabe  
468 am öffentlichen Leben einschränken. Wir setzen uns dafür ein, dass die EU-  
469 Barrierefreiheitsrichtlinie, der sogenannte European Accessibility Act (EAA), in  
470 allen Mitgliedstaaten – auch in Deutschland – umgesetzt wird.

471 Um die europäische Freizügigkeit auch für Menschen mit Behinderung erlebbar zu  
472 machen, wollen wir einen europäischen Schwerbehindertenausweis einführen,  
473 gegenseitige Anerkennung nationaler Definitionen von Behinderung und  
474 barrierefreies Reisen durch ganz Europa umsetzen. Dies gilt auch für die  
475 Inanspruchnahme von sozialen Leistungen.

476 **4. Eine lebendige Kulturlandschaft**

477 **Kultur als Säule der Demokratie**

478 Wenig eint Europa so sehr wie seine vielfältige, lebendige Kultur. Sie entsteht  
479 aus dem Zusammenspiel von Traditionen des gesamten Kontinents mit Einflüssen von  
480 außen und der beständigen Entwicklung neuer Ausdrucksformen. Kultur ist ein Wert  
481 an sich und zugleich ein unverzichtbarer Teil der europäischen Demokratie, denn  
482 in ihr finden Austausch und Zusammenleben über Grenzen hinweg auf verschiedenste  
483 Weise statt. Wir verteidigen deshalb die freie Kunst und Kultur gegen staatliche  
484 Eingriffe, aber auch durch die Gestaltung einer öffentlichen Förderung, die  
485 künstlerische Kreativität auch jenseits der Marktlogiken ermöglicht.

486 Das Programm „Creative Europe“ wollen wir deshalb ausbauen und deutlich  
487 vereinfachen, um die Zusammenarbeit und den Austausch von Künstler\*innen und  
488 Kulturveranstalter\*innen in ganz Europa zu ermöglichen, nicht zuletzt auch dort,  
489 wo Vielfalt und Demokratie unter Druck stehen. Es soll sich als Dienstleister

490 für Kulturschaffende verstehen, der ansprechbar ist sowie schnell und  
491 zielgerichtet unterstützt.

492 Das Ziel der Klimaneutralität betrifft in besonderem Maß die europäische  
493 Dimension der Kultur, die von der Bewegung von Kulturgütern und Menschen lebt.  
494 Wir wollen daher im Rahmen von Creative Europe ein Programm schaffen, in dem  
495 Beratung und Finanzierung für den Wandel der europäischen Kulturzusammenarbeit  
496 hin zur Klimaneutralität gebündelt werden. Auch die Idee des Neuen Europäischen  
497 Bauhauses, das einen interdisziplinären Ansatz für klimaneutrales Bauen und  
498 Gestalten fördert, wollen wir partizipativ weiter ausbauen und als eigene  
499 Mission in Horizont Europa verankern.

500 Im Programm der europäischen Kulturhauptstädte wird die Vielfalt unseres  
501 Kontinents erlebbar und gefördert. Wir wollen dieses erfolgreiche Konzept  
502 fortführen, dabei aber die Bewerbungsverfahren überprüfen und transparenter  
503 gestalten.

504 Zur europäischen Kultur gehört auch ihre gewachsene Struktur einer unabhängigen  
505 Kulturwirtschaft mit kleinen und mittelständischen Unternehmen. Sie gestalten  
506 unter anderem virtuelle Welten, Games, Filme oder Serien und sind wesentliche  
507 Treiberinnen von Innovation und Wachstum – weit über ihren eigenen Sektor  
508 hinaus. Diese Strukturen wollen wir fördern und gegen die Marktmacht der großen  
509 internationalen Plattformen schützen, etwa indem wir uns in Handelsabkommen für  
510 die Aufrechterhaltung der kulturellen Ausnahme einsetzen.

#### 511 **Kreative stärken**

512 Die Schaffenskraft von Künstler\*innen und Kreativen ist die Grundlage für unsere  
513 lebendige Kulturlandschaft. Angesichts technischer und gesellschaftlicher  
514 Veränderungen müssen sie ihren Platz in der Wertschöpfungskette der  
515 Kulturproduktion immer wieder neu behaupten. Das gilt vor allem für die neuen  
516 Entwicklungen der Künstlichen Intelligenz (KI). Diese nutzt von Menschen  
517 erdachte Bilder, Töne und Texte, um neue Inhalte zu erzeugen. Damit tritt sie in  
518 Konkurrenz zu menschlichen Urheber\*innen. Wir setzen uns daher für die  
519 Durchsetzung der Rechte von Urheber\*innen ein, zum Beispiel dafür, dass sie die  
520 Zustimmung zur Verwendung ihres Materials auf der Grundlage des bestehenden  
521 Urheberrechts verweigern dürfen. Urheber\*innen wollen wir bei der fairen  
522 Vergütung ihrer Werke unterstützen. Urheber\*innen und auch andere  
523 Kulturschaffende wie Schauspieler\*innen oder Musiker\*innen müssen einen Platz am  
524 Tisch haben, wenn über die Weichenstellungen der digitalisierten Kulturwelt  
525 entschieden wird.

526 Durch eine Erweiterung des Erasmus-Programms auf Künstler\*innen und Kreative  
527 wollen wir die Mobilität und die europäische Perspektive von Kulturschaffenden  
528 weiter stärken. Für Kulturschaffende, denen außerhalb der EU Verfolgung droht,

529 wollen wir einen sicheren Hafen und Unterstützungsmöglichkeiten anbieten.

530 **Medienfreiheit garantieren**

531 Freie Medien sind eine unverzichtbare Grundlage für jede demokratische  
532 Öffentlichkeit. Auch in Mitgliedstaaten der EU wird diese Grundlage heute  
533 angegriffen. Wir unterstützen deshalb verbindliche Instrumente, um gegen die  
534 Einschränkung von Pressefreiheit – sei es in Form offener Zensur, durch die  
535 Kontrolle und Zentralisierung von Verlageigentum oder auf anderem Weg –  
536 vorzugehen. Dabei gilt für uns auch hier, dass alle Kontrollmechanismen dem  
537 Grundsatz der Staatsferne folgen müssen.

538 Private Medien in Print und Online werden auch durch die Marktmacht der  
539 Plattformen im Wettbewerb um Werbeeinnahmen stark in ihrem Wirtschaftsmodell  
540 beeinträchtigt. Wir streben deshalb an, durch geeignete Instrumente die  
541 Wettbewerbssituation für journalistische Angebote besonders im Netz zu  
542 verbessern.

543 Der grenz- und sprachüberschreitende Raum der EU stellt für die Herausbildung  
544 einer gemeinsamen Öffentlichkeit eine besondere Herausforderung dar. Deshalb  
545 setzen wir uns für einen Ausbau transnationaler und mehrsprachiger Angebote des  
546 öffentlich-rechtlichen Rundfunks ein. Konkret wollen wir dazu zunächst den  
547 erfolgreichen Ansatz des Senders arte ausbauen und ihn schrittweise zu einem  
548 gemeinsamen europäischen Angebot entwickeln. Darüber hinaus setzen wir uns für  
549 die Vernetzung der Angebote des öffentlich-rechtlichen Rundfunks in Europa und  
550 für eine verbesserte Auffindbarkeit europäischer Kultur- und Medienangebote im  
551 Netz ein. Wir wollen Förderung und Schutz für Exilmedien schaffen, damit die EU  
552 ein Raum des freien Ausdrucks auch für Menschen aus Ländern sein kann, in denen  
553 die Presse- und Meinungsfreiheit unterdrückt wird.

554 **Europäisch erinnern**

555 Die Erinnerung an vergangenes Unrecht gehört zu den Grundlagen aller  
556 Gesellschaften eines Kontinents, der über Jahrhunderte von Gewalt und Kriegen  
557 gezeichnet war. Die EU als Friedensprojekt hat die Aufgabe, diese Perspektiven  
558 zueinander in Beziehung zu setzen. Erinnerung soll einen Beitrag zu Versöhnung  
559 und Verständigung leisten, nicht spalten. Dabei ist es wichtig, eine  
560 multiperspektivische Erinnerungskultur zu fördern, die auch die Geschichte von  
561 bisher zu Unrecht überhörten Gruppen mit in den Blick nimmt. Wir wollen mit  
562 europäischen Mitteln Initiativen unterstützen, die sich der Aufgabe der  
563 Verständigung widmen und beispielsweise auch in Osteuropa die sich historisch  
564 überlagernden Gewalterfahrungen durch den Angriffskrieg Deutschlands sowie die  
565 Unterdrückung durch die Sowjetunion in ihrem komplexen Erbe verständlich und  
566 nachvollziehbar machen. Bestrebungen nach einer Umdeutung der Geschichte im  
567 Dienste nationalistischer Tendenzen treten wir entschieden entgegen.

568 Allen Versuchen, einen „Schlusstrich“ unter das Erinnern an die Verbrechen des  
569 Nationalsozialismus und besonders der Shoah zu ziehen oder sie zu verharmlosen,  
570 stellen wir uns klar entgegen. Sie sind mit den demokratischen Werten  
571 unvereinbar. Wir werden dies nicht unbeantwortet lassen – nicht in Deutschland,  
572 nicht in Europa, nirgendwo.

573 Zum europäischen Erbe gehört auch die grausame Geschichte von Völkermord,  
574 Kolonialismus, Versklavung und Ausbeutung in Afrika, Lateinamerika und Asien.  
575 Viele europäische Staaten waren in diese Verbrechen verwickelt und profitieren  
576 teilweise noch heute von den damals geschaffenen Abhängigkeiten. Deswegen wollen  
577 wir die Aufarbeitung der kolonialen Geschichte in enger Zusammenarbeit mit den  
578 Nachkommen, mit Forscher\*innen und zivilgesellschaftlichen Initiativen aus  
579 ehemals kolonisierten Staaten auch auf europäischer Ebene vorantreiben. Dazu  
580 gehört die Rückgabe beispielsweise von Raubkunst oder menschlichen Gebeinen.

### 581 **Fair Play im Sport**

582 Ob Amateurfußball oder Champions League, ob Fahrradausflug oder Tour de France –  
583 Sport steht im Herzen von Europa. Er verbindet Menschen, schafft und vermittelt  
584 regionale Identitäten, sorgt für Gesprächsstoff. Im Zentrum stehen die vielen  
585 Menschen, die sich ehrenamtlich in Vereinen und Verbänden engagieren. Wir wollen  
586 Verbände stärken, die sich besonders für gesellschaftlichen Zusammenhalt,  
587 Demokratie und Gleichberechtigung sowie gegen Ausgrenzung und Hass stark machen.  
588 Europäische Fördermittel wollen wir für sie einfacher zugänglich machen.

589 Sport kann nur dann eine Vorbildfunktion einnehmen und verbinden, wenn er fair  
590 und transparent funktioniert. Betrug, Doping und Korruption stehen seinem Wesen  
591 diametral entgegen. Wir wollen daher eine unabhängige europäische Agentur  
592 etablieren, die sich mit NGOs, Anti-Korruptionsexpert\*innen sowie  
593 internationalen Ermittler\*innen für Transparenz, Integrität und echte  
594 Rechenschaftspflichten um Korruptions- und Betrugsfälle im weltweiten Sport  
595 kümmert.

596 Damit wollen wir Vertrauen wiederherstellen. Das ist auch eine Grundlage dafür,  
597 dass internationale Sportgroßveranstaltungen in Europa weiter ihren Platz haben.  
598 Wenn sie mit klaren und verlässlichen Standards für soziale und ökologische  
599 Fairness und Nachhaltigkeit arbeiten, können sie damit weltweit einen  
600 Wettbewerbsvorteil erlangen und Zeichen setzen. Wir setzen besonders auf eine  
601 grenzüberschreitende Ausrichtung von Sportereignissen. So machen wir den  
602 europäischen Spitzensport gemeinsam erlebbar.

603 Wir wollen Sport gegen die Auswirkungen der Klimakrise resilient machen. Viele  
604 Sportarten sind von einer intakten Natur abhängig, gleichzeitig verursacht der  
605 Sport Schäden. Wir wollen durch ein europäisches Forschungsprogramm Wege  
606 aufzeigen, wie sich Europas vielfältige Sportszene klimaneutral entwickeln kann.

## 607 **5. Humanität und Ordnung**

### 608 **Fach- und Arbeitskräfte willkommen heißen**

609 Europa steht vor einem demografischen Wandel mit einer rasch alternden  
610 Bevölkerung und sucht händeringend nach Fach- und Arbeitskräften. Um unseren  
611 Wohlstand zu sichern, müssen wir im weltweiten Wettbewerb um schlaue Köpfe und  
612 fleißige Hände attraktiver werden und Einwanderung modern gestalten. Statt  
613 bürokratischer und langwieriger Verfahren wollen wir die Fach- und  
614 Arbeitskräfteeinwanderung mit EU-weiten gemeinsamen Rahmenregelungen fördern.  
615 Hierzu zählt, die Anerkennung von Bildungsabschlüssen aus Drittstaaten  
616 einheitlich und unbürokratisch zu gestalten.

617 Um qualifizierte Fachkräfte anzuwerben, wollen wir den EU-Talentpool weiter  
618 ausbauen. Dafür braucht es in den europäischen Botschaften mehr Personal und  
619 eine Digitalisierungsoffensive, damit Anträge schnell und auch digital gestellt  
620 werden können. Fach- und Arbeitskräfte gewinnen wir aber nicht nur durch  
621 unbürokratische Verfahren. Wir wollen auch sicherstellen, dass sich  
622 Migrant\*innen durch eine gelebte Ankommens- und Willkommenskultur schnell bei  
623 uns einleben und gern bei uns leben. Denn eine aktive Willkommenskultur macht  
624 uns auch als Wirtschaftsstandort attraktiv. Dazu gehört es auch, Rassismus und  
625 Ausgrenzung entgegenzutreten, die nicht zuletzt Europas Wohlstand schaden. Um  
626 Angebote für eine gute und schnelle Integration vor Ort zu unterstützen, wollen  
627 wir den kommunalen Integrationsfonds stärken und weiter ausbauen.

628 Wir wollen alle Arbeitskräfte gegen Ausbeutung schützen – auch Menschen ohne  
629 Papiere. Faire Arbeitsbedingungen dürfen nicht von der Herkunft abhängen. Dazu  
630 wollen wir mehrsprachige und niedrighschwellige Beschwerde- und  
631 Beratungsstrukturen ausbauen und stärken, damit sich alle Arbeiter\*innen an sie  
632 wenden können.

### 633 **Gemeinsame Asylpolitik angehen**

634 Wir kämpfen für eine EU, die den Zugang zum Grundrecht auf Asyl garantiert sowie  
635 humanitäre und völkerrechtliche Verpflichtungen einhält. Wir stehen zur Genfer  
636 Flüchtlingskonvention, der Europäischen Menschenrechtskonvention, der UN-  
637 Kinderrechtskonvention, der Behindertenrechtskonvention und dem internationalen  
638 Seerecht.

639 Eine langfristige, geordnete und faire gemeinsame Asylpolitik ist nötig, um  
640 menschenunwürdige Ad-hoc-Lösungen zu beenden. Mit einer fairen und verbindlichen  
641 Verteilung von Schutzsuchenden stärken wir die Solidarität zwischen den  
642 Mitgliedstaaten und verteidigen unsere gemeinsamen Werte. Abschottung und  
643 Grenzzäune schaffen Chaos und Leid, rechtsstaatliche Verfahren sorgen für

644 Humanität und Ordnung.

645 Gerade Staaten mit europäischen Außengrenzen sind auf eine geordnete Verteilung  
646 und Unterstützung der EU sowie auf Solidarität beim rechtsstaatlichen  
647 Grenzmanagement angewiesen. Wir setzen uns deshalb für einen dauerhaften,  
648 verlässlichen und verpflichtenden Solidaritäts- und Verteilmechanismus ein. Um  
649 die gemeinsamen Herausforderungen zu bewältigen, müssen sich alle  
650 Mitgliedstaaten einbringen – ob durch die Aufnahme von Schutzsuchenden oder  
651 durch finanzielle Unterstützung für die Aufnahme von Geflüchteten. Geld- und  
652 Sachleistungen an Drittstaaten sind dabei keine Kompensation. Mitgliedstaaten,  
653 die in besonderem Maße Geflüchtete aufnehmen, müssen gestärkt und finanziell  
654 entlastet werden.

655 Viele Kommunen in der EU sind bereit, beherzt anzupacken. Bei der Verteilung von  
656 Geflüchteten innerhalb der EU wollen wir eine aktive Rolle der Kommunen stärken  
657 und die kommunalen Integrationsfonds ausbauen. Wenn es um die Verteilung  
658 Geflüchteter auf der europäischen Ebene geht, möchten wir die Ressourcen der  
659 Länder und Kommunen über einen Matching-Mechanismus mit den Bedürfnissen der  
660 Geflüchteten in Einklang bringen.

661 Um das Vertrauen in unser Asylsystem zu stärken, wollen wir die EU-Asylagentur  
662 in ihren Befugnissen erweitern, damit sie die gemeinsamen europäischen  
663 Asylregeln durchsetzen kann. Perspektivisch soll die Behörde dort, wo das System  
664 in einzelnen Mitgliedstaaten überlastet ist, auch die Kompetenz für  
665 Asylverfahren erhalten. Dabei sind menschenrechtliche Verpflichtungen  
666 einzuhalten und streng zu kontrollieren.

#### 667 **Humanität und Ordnung an den Außengrenzen sicherstellen**

668 Die EU ist ein Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts. Das Recht auf  
669 Freizügigkeit bzw. der Abbau von Grenzen innerhalb Europas war und ist eine der  
670 größten Errungenschaften für das Zusammenwachsen der europäischen Gemeinschaft.  
671 Deshalb lehnen wir dauerhafte und stationäre Binnengrenzkontrollen ab.

672 Ein gemeinsamer Schengen-Raum braucht kontrollierte Außengrenzen. Denn für die  
673 Freiheit und Sicherheit im Inneren müssen wir zuverlässig wissen und  
674 kontrollieren können, wer nach Europa kommt.

675 Die Glaubwürdigkeit der europäischen Werte und damit auch der Einfluss  
676 europäischer Politik nach außen setzt indes die Achtung von Recht und Werten im  
677 eigenen Handeln voraus. Mit dieser Erkenntnis ist es schwer vereinbar, dass das  
678 europäische Versprechen von Humanität und Rechtsstaatlichkeit für Tausende  
679 jährlich an Stacheldraht und Patrouillenbooten zerschellt.

680 Dem Versuch, Geflüchtete rechtswidrig zurückzudrängen, stellen wir uns  
681 entschieden entgegen. Menschen, die bei uns in Europa ankommen, müssen  
682 zuverlässig registriert, erstversorgt und menschenwürdig untergebracht werden.  
683 Das Recht auf Einzelfallprüfung und das Nichtzurückweisungsgebot gelten dabei  
684 immer und überall.

685 Trotz dieser völker- und europarechtlich verbrieften Prinzipien erleben wir an  
686 Europas Außengrenzen immer wieder systematische Rechtsbrüche. Menschen sind  
687 Misshandlungen ausgesetzt, ihnen wird der Zugang zum Asylverfahren verweigert  
688 oder sie werden in Seenot ihrem Schicksal überlassen. Wir setzen uns dafür ein,  
689 dass illegale Pushbacks rechtlich und politisch konsequent geahndet werden. Wir  
690 wollen außerdem das staatliche und zivilgesellschaftliche  
691 Menschenrechtsmonitoring durch die EU-Grundrechteagentur weiter ausbauen.  
692 Gleichzeitig bedarf es einer engmaschigen parlamentarischen Kontrolle von  
693 Frontex- Einsätzen und einer systematischen Menschenrechtsbeobachtung vor Ort.  
694 Hilfs- und Menschenrechtsorganisationen benötigen jederzeit Zugang zu den  
695 Geflüchteten und den Grenzregionen. Kooperationen der EU mit Drittstaaten müssen  
696 immer auf der Basis von Grund- und Menschenrechten erfolgen. Die Zusammenarbeit  
697 mit der libyschen Küstenwache wollen wir endlich beenden.

698 Wir stehen entschlossen an der Seite der vielen Engagierten, die Geflüchtete  
699 versorgen und beraten. Wir wollen sicherstellen, dass Presse, NGOs und  
700 Anwält\*innen ungehindert Zugang zu ihnen haben, um ihrem humanitären Engagement  
701 nachzugehen. Die Bedarfe von besonders schutzbedürftigen Gruppen wie Frauen,  
702 queeren Menschen, Kindern oder Menschen mit Behinderungen müssen wir dabei  
703 besonders in den Blick nehmen. Kinder, die sich allein auf den Fluchtweg machen,  
704 müssen wir besser vor kriminellen Strukturen schützen. Sie müssen kindergerecht  
705 untergebracht und versorgt werden.

#### 706 **Spurwechsel, Migrations- und Rückführungsabkommen**

707 Alle Menschen, die in Europa Schutz suchen, haben ein Recht auf faire und  
708 rechtsstaatliche Asylverfahren. Wir fordern, dass sie dabei Zugang zu  
709 unabhängigen Asylberatungen haben, um ihre Rechte zu kennen und durchzusetzen.  
710 Auch im Rahmen von möglichen Grenzverfahren muss eine unabhängige Rechtsberatung  
711 gewährleistet sein.

712 Gleichzeitig wissen wir, dass nicht alle Asylverfahren zu einer  
713 Aufenthaltserlaubnis führen. Wer nach sorgfältiger Prüfung der asyl- und  
714 aufenthaltsrechtlichen Voraussetzungen sowie nach Ausschöpfung aller  
715 Rechtsmittel kein Aufenthaltsrecht erhalten hat, muss zügig wieder ausreisen –  
716 sofern dem keine Abschiebehindernisse entgegenstehen. Rückführungen sind immer  
717 mit besonderen menschlichen Härten verbunden. Wir wollen, dass die freiwillige  
718 Rückkehr Vorrang vor zwangsweisen Rückführungsmaßnahmen hat. Deshalb setzen wir  
719 uns für eine europaweite, ergebnisoffene und unabhängige Rückkehrberatung ein.

720 Klar ist auch, dass Menschen nicht in Staaten abgeschoben werden dürfen, in  
721 denen ihnen Menschenrechtsverletzungen oder eine erhebliche Gefahr für Leib und  
722 Leben drohen. Eine Rückführung darf nur in Länder erfolgen, zu denen die  
723 betroffene Person eine klare Verbindung hat. Das Konzept der sicheren  
724 Drittstaaten finden wir weiterhin falsch. Der Abschluss von sogenannten  
725 Rückführungs- oder Migrationsabkommen muss menschenrechtsbasiert, die  
726 Zusammenarbeit mit den Herkunftsstaaten partnerschaftlich und auf Augenhöhe  
727 erfolgen. Sie darf nicht von finanzieller Unterstützung im Rahmen der  
728 Entwicklungszusammenarbeit abhängig gemacht werden.

729 Das Konzept der sicheren Herkunftsstaaten finden wir falsch, denn es löst keine  
730 Probleme. Was hilft, ist: alle Asylverfahren beschleunigen und die Qualität der  
731 Entscheidung verbessern. Länder, die ihren Staatsbürger\*innen eine sichere  
732 Rückkehr garantieren, sollen über Visaerleichterungen oder  
733 Ausbildungspartnerschaften eine Aussicht auf geordnete Migration erhalten.  
734 Menschen, die schwere Straftaten begangen haben, müssen nach Verbüßung ihrer  
735 Strafe prioritär zurückgeführt werden.

736 Viele Geflüchtete leben bereits lange in Europa, bringen sich ein und stehen in  
737 Beschäftigungsverhältnissen. Wir wollen ihnen eine bessere Perspektive geben.  
738 Denn es ist nicht zumutbar, dass Menschen trotz tiefer Verwurzelung in die  
739 europäische Gesellschaft täglich Sorge vor einer Abschiebung haben müssen. Wir  
740 setzen uns deshalb für einen Spurwechsel ins europäische Einwanderungssystem  
741 ein.

#### 742 **Menschen in Seenot retten**

743 Jedes Jahr sterben Tausende Menschen beim Versuch, das Mittelmeer zu überqueren.  
744 Als EU ist es unsere Verpflichtung, die Augen vor diesem unerträglichen Zustand  
745 nicht zu verschließen. Kein Mensch sollte für das Recht, um Asyl zu ersuchen,  
746 das eigene Leben oder das der Familie und Kinder riskieren müssen. Wir dürfen  
747 nicht länger hinnehmen, dass das Mittelmeer die tödlichste Grenze der Welt  
748 bleibt.

749 Das Völkerrecht verpflichtet uns dazu, Menschen in Seenot zu retten. Es braucht  
750 endlich eine europäische Initiative für eine zivile, flächendeckende und  
751 staatlich koordinierte Seenotrettung. Wir stehen an der Seite der  
752 Seenotretter\*innen, die Menschenleben retten. Alle Mitgliedstaaten der EU sind  
753 dafür verantwortlich, zu gewährleisten, dass Seenotrettungsorganisationen ihre  
754 Einsätze gefahrlos absolvieren können. Der erfolgte Einstieg Deutschlands in die  
755 finanzielle Unterstützung privater Seenotrettungs-NGOs ist hier ein wichtiger  
756 Schritt. Die Seenotrettungsschiffe dürfen nicht durch Behörden in ihrer Arbeit  
757 behindert werden. Rettungsschiffe müssen die Gelegenheit haben, den  
758 nächstgelegenen sicheren Hafen anzulaufen, damit die Menschen an Land gehen und  
759 versorgt werden können. Ein Auslaufen von Rettungsschiffen darf nicht behindert

760 und Seenotrettung nicht kriminalisiert werden. Um Menschenleben zu retten,  
761 treten wir für die Verbesserung der staatlichen, unter anderem finanziellen,  
762 Unterstützung ziviler Organisationen ein. Wenn Menschen von  
763 Seenotrettungsschiffen aufgenommen werden, müssen sie Zugang zum Antrag auf Asyl  
764 erhalten.

#### 765 **Sichere und legale Fluchtwege schaffen**

766 Der wirksamste Weg, irregulärer Migration entgegenzuwirken, ist die Schaffung  
767 sicherer und legaler Migrationswege. So schützen wir nicht nur Menschenleben,  
768 sondern legen auch Schleuser\*innen das Handwerk.

769 Wir setzen deshalb auf partnerschaftliche Mobilitäts- und Migrationsabkommen mit  
770 Staaten außerhalb der EU. Diese sollen vor allem Wege zur Bildungs- und  
771 Arbeitsmigration schaffen und können gleichzeitig die menschenrechtlich  
772 abgesicherte Rückführung abgelehnter Asylbewerber\*innen umfassen.

773 Wir setzen uns dafür ein, das Resettlement-Programm des Flüchtlingshilfswerks  
774 UNHCR deutlich auszubauen und zu stärken. So können durch die Vereinten Nationen  
775 (UN) anerkannte und besonders schutzbedürftige Geflüchtete geordnet und  
776 solidarisch auf die Aufnahmeländer verteilt werden. Wir wollen, dass sich der  
777 Anteil nach der Wirtschaftskraft der Staaten bemisst. Das EU-Resettlement muss  
778 sich dabei an den UNHCR-Kriterien orientieren und darf das individuelle Recht  
779 auf Asyl nicht schwächen.

780 Mit der Erteilung von humanitären Visa wollen wir sicherstellen, dass  
781 Asylsuchende Europa erreichen können, ohne ihr Leben zu gefährden. Als EU müssen  
782 wir in besonderem Maße unserer Verantwortung gegenüber ehemaligen Ortskräften  
783 sowie besonders gefährdeten Afghan\*innen und ihren Familien gerecht werden. Wir  
784 setzen uns deshalb dafür ein, dass Aufnahmeprogramme gestärkt werden.  
785 Afghanischen Frauen, die in Drittstaaten geflohen sind und denen seit der  
786 Machtübernahme der Taliban ein Studium in ihrem Heimatland untersagt ist, wollen  
787 wir mit einem europäischen Stipendienprogramm ermöglichen, ihr Studium  
788 fortzusetzen.

789 Wir treten dafür ein, dass Geflüchtete ihre Angehörigen nachholen können.  
790 Familien gehören zusammen. Gleichzeitig unterstützen stabile Lebensverhältnisse  
791 die Integration.

## 792 **6. Ein vereintes Vorgehen gegen Kriminalität**

### 793 **Polizeiliche Zusammenarbeit stärken**

794 Ein starker Raum der Freiheit und Freizügigkeit braucht handlungsfähige  
795 Institutionen, die Recht und Demokratie schützen, und er braucht Männer und  
796 Frauen, die oft unter großem persönlichen Einsatz diesen Auftrag erfüllen.  
797 Kriminalität findet grenzüberschreitend statt und verursacht enorme Schäden –  
798 sie bedroht die individuelle Sicherheit aller Menschen, unsere Lebensqualität,  
799 unseren Wohlstand. Die EU muss darauf antworten: Die zunehmende Vernetzung  
800 unserer Gesellschaft und Wirtschaft muss sich auch in der Zusammenarbeit unserer  
801 Sicherheitsbehörden widerspiegeln. Moderne und effiziente Polizei- und  
802 Justizarbeit muss in einem vereinten Europa ebenfalls grenzüberschreitend  
803 stattfinden sowie im Einklang mit Bürger\*innen-Rechten und rechtsstaatlichen  
804 Standards operieren. Wir setzen auf wirksame Prävention und gemeinsame  
805 Strafverfolgung.

806 Die europäische Polizeibehörde Europol wollen wir dafür ausbauen. Europol soll  
807 eigene operative Möglichkeiten für die Bekämpfung von Terrorismus und  
808 Organisierter Kriminalität (OK) bekommen. Das Europol-Informationssystem (EIS)  
809 entwickeln wir weiter, um den Datenaustausch zu verbessern. Die Aufsicht von  
810 Europol durch das Europäische Parlament wollen wir stärken, um Transparenz  
811 sicherzustellen. Neben dem Ausbau von Europol sind Austausch und Vernetzung der  
812 europäischen Polizei ein Schlüssel zum Erfolg: Die polizeiliche Zusammenarbeit  
813 fördern wir durch den Ausbau gemeinsamer Joint-Investigation-Teams, die in enger  
814 Zusammenarbeit Ermittlungen durchführen. Gemeinsame Zentren der Polizei in  
815 Grenzregionen bauen wir auf Ebene der EU aus.

816 Vor allem wollen wir die europäische Perspektive in Praxis und Theorie der  
817 Polizeiarbeit stärken: Wir schaffen ein europaweites, gefördertes  
818 Austauschprogramm für Polizist\*innen, bauen die Kooperation und Forschung an  
819 Polizeihochschulen und Universitäten aus – und stärken so eine  
820 wissenschaftsbasierte Kriminalpolitik. Auch Drittstaaten wollen wir hierbei  
821 einbeziehen.

## 822 **Organisierte Kriminalität bekämpfen**

823 Organisierte Kriminalität (OK) schädigt Menschen europaweit. Sie kostet  
824 Steuerzahler\*innen und Unternehmen Milliardenbeträge. Sie kann Demokratie und  
825 Rechtsstaat unterwandern. Beispiele hierfür sind die Mordanschläge auf  
826 investigative Journalist\*innen, die Unterwanderung legaler Wirtschaftsbereiche  
827 oder die politische Einflussnahme durch Korruption. Damit schädigt die OK  
828 insbesondere wirtschaftlich schwache Regionen in Europa und hindert deren  
829 Entwicklung. Wir wollen entschlossen und gemeinsam gegen Organisationen der OK  
830 vorgehen. Gruppierungen wie die Mafia nehmen wir dabei besonders in den Blick.  
831 Dafür stärken wir die grenzüberschreitende Zusammenarbeit von Kriminalpolizei  
832 und Justiz. Die europäischen Gesetze zur Bekämpfung der OK wollen wir  
833 harmonisieren.

834 Die organisierte Wirtschaftskriminalität betrachten wir stärker, schützen so  
835 auch Verbraucher\*innen vor Betrug und Unternehmen vor unfairem Wettbewerb. Den  
836 Kampf gegen die unterschiedlichen Formen des Menschenhandels wollen wir  
837 konsequent führen und den Opfern besonderen Schutz zukommen lassen. Ein  
838 Schwerpunkt für uns ist die Bekämpfung der Umweltkriminalität und Agromafia: Die  
839 illegale Entsorgung von Müll, der illegale Holzeinschlag oder der Handel mit  
840 fragwürdig erzeugten Lebensmitteln verursachen enorme Schäden für Mensch und  
841 Umwelt. Den Handel mit illegalen Drogen werden wir eindämmen. Ein nachhaltiges  
842 Vorgehen gegen kriminelle Aktivitäten kann nur in Zusammenarbeit mit der  
843 Zivilgesellschaft gelingen und muss auf Prävention setzen. Daher werden wir  
844 zivilgesellschaftliche Organisationen unterstützen, die sich gegen die OK  
845 engagieren.

#### 846 **Gegen Geldwäsche vorgehen**

847 Geldwäsche und Finanzkriminalität verursachen hohe finanzielle Schäden für Staat  
848 und Gesellschaft. Allein in Deutschland werden schätzungsweise rund 100  
849 Milliarden Euro jährlich „gewaschen“. Der Skandal um die Wirecard AG hat viele  
850 Tausende von Kleinanleger\*innen geschädigt. Wir wollen entschieden gegen  
851 Geldwäsche und Finanzkriminalität vorgehen. Auch den organisierten Steuer- oder  
852 Subventionsbetrug werden wir ins Visier nehmen. Finanzausschüsse bieten häufig  
853 erste Ermittlungsansätze und können helfen, kriminellen Gruppen die  
854 Geschäftsgrundlage zu entziehen. Für uns ist klar: Kriminalität darf sich nicht  
855 lohnen!

856 Die neue europäische Anti-Geldwäschebehörde AMLA wollen wir zu einer  
857 schlagkräftigen Institution im Kampf gegen Geldwäsche und  
858 Terrorismusfinanzierung entwickeln. Wir drängen darauf, dass alle EU-  
859 Mitgliedstaaten nun ohne Verzug europäische und internationale Standards zur  
860 Bekämpfung der Geldwäsche national umsetzen. Zusätzlich soll der automatische  
861 Austausch von Steuerinformationen intensiviert werden. Wir setzen uns dafür ein,  
862 dass international auf Ebene der G7/G20 ein Anti-Geldwäsche-Aktionsplan  
863 vorangetrieben wird. Wir setzen uns für ein europäisches Vermögensregister ein.  
864 Behörden sollten europaweit die wirtschaftlichen Eigentümer von  
865 Vermögensgegenständen einsehen dürfen, die von Kriminellen regelmäßig für  
866 Geldwäsche missbraucht werden. Schlupflöcher und Umgehungsmöglichkeiten der  
867 Transparenzregister, die zur Bekämpfung von Geldwäsche und  
868 Terrorismusfinanzierung dienen, werden wir weiter einschränken. Der Zugang zu  
869 den Transparenzregistern soll für die Zivilgesellschaft, Journalist\*innen und  
870 andere Gruppen mit berechtigtem Interesse einfach, kostenfrei und anonym möglich  
871 sein. Immobilien müssen wirksam vor Spekulationen durch illegales Geld geschützt  
872 werden. So schützen wir auch Mieter\*innen. Dafür werden wir die  
873 Transparenzvorschriften und Kontrollen beim Immobilienerwerb verbessern. Die  
874 grenzüberschreitende Zusammenarbeit von Strafverfolgungsbehörden und Instrumente  
875 im Bereich Vermögensabschöpfung wollen wir verbessern. Vermögen unklarer  
876 Herkunft in Zusammenhang mit kriminellen Aktivitäten muss einfacher eingezogen

877 werden können. Für Bargeld werden wir EU- weit gültige Höchstgrenzen festlegen,  
878 um den Transfer von inkriminierten Finanzmitteln zu erschweren. Das Europäische  
879 Amt für Betrugsbekämpfung OLAF werden wir personell und finanziell stärken,  
880 damit es wirksam gegen Betrugs- oder Korruptionsstraftaten, zum Beispiel die  
881 Veruntreuung von europäischen Fördergeldern, vorgehen kann.

## 882 **Terrorismus das Handwerk legen**

883 Terroristische Anschläge oder Gewalttaten, derzeit hauptsächlich islamistisch  
884 und rechtsextrem motiviert, erzeugen unermessliches menschliches Leid. Sie  
885 stellen eine enorme Gefahr für die öffentliche Sicherheit dar. Terrornetzwerke  
886 reichen oft über den gesamten Kontinent und darüber hinaus. Die EU kann und muss  
887 hier einen wirkungsvollen Beitrag zum Schutz leisten. Eine konsequente und gut  
888 abgestimmte polizeiliche wie nachrichtendienstliche europaweite Zusammenarbeit  
889 mit einheitlichen Standards und Definitionen ist notwendig, um dem Terror das  
890 Handwerk zu legen. Wir wollen hierfür die Stelle des Anti-Terror-Koordinators  
891 bzw. der Anti-Terror-Koordinatorin der EU aufwerten und die Mitgliedstaaten zu  
892 mehr Austausch und Kooperation verpflichten.

893 Gute Präventionsarbeit ist das beste Mittel, damit Menschen nicht in die  
894 politische Gewaltszene und den Terrorismus abrutschen. Dafür brauchen wir den  
895 europaweiten Erfahrungsaustausch demokratischer Kräfte, den wir finanziell  
896 fördern wollen. Dazu zählt die Bildungsarbeit an Schulen oder  
897 Jugendeinrichtungen. Programme zur Deradikalisierung oder Angebote für  
898 Aussteiger\*innen aus der islamistischen oder rechtsextremen Szene wollen wir EU-  
899 weit etablieren. Die Entwicklung anderer und neuer Extremismusformen beobachten  
900 wir genau. Onlineplattformen spielen eine wichtige Rolle bei der Verbreitung von  
901 Terrorpropaganda. Wir wollen, dass Onlineplattformen entschiedener dagegen  
902 vorgehen und entsprechende Inhalte löschen.

903 Durch eine entschiedene Bekämpfung der Terrorismusfinanzierung wollen wir dem  
904 Terror die operative Grundlage entziehen. Wir richten den Blick darauf, wo sich  
905 terroristische und kriminelle Strukturen überschneiden. So unterbinden wir den  
906 Zugang zu Schwarzmärkten und legen wichtige Finanzquellen trocken. Wir setzen  
907 uns für gemeinsame Standards und einen intensiven Austausch bei der Verfolgung  
908 von Terrorist\*innen ein.

909 Bei der Beobachtung potenzieller Gewalttäter\*innen braucht es ein europaweit  
910 einheitliches Vorgehen, damit die Sicherheitsbehörden nicht aus administrativen  
911 Gründen ihre Spur verlieren. Den Begriff des „Gefährders“ wollen wir deshalb EU-  
912 weit einheitlich definieren, um eine grenzüberschreitende Fallbearbeitung  
913 sicherzustellen.

914 Schwere Gewalttaten und Terroranschläge haben in der Vergangenheit immer wieder  
915 gezeigt, dass Schusswaffen oder Ausgangsstoffe für Explosivstoffe zu leicht

916 verfügbar sind. Wir wollen die Verfügbarkeit von illegalen Schusswaffen  
917 einschränken und den Schwarzmarkt austrocknen. Für sogenannte Anscheinswaffen,  
918 beispielsweise Sammlerstücke, wollen wir wirksame europäische Standards  
919 einführen, damit eine Reaktivierung der Waffen nicht mehr möglich ist. Waffen  
920 und relevante Waffenteile müssen lückenlos registriert werden. Wir setzen uns  
921 für gemeinsame und strenge Standards für die Zuverlässigkeitsprüfung für  
922 Waffenbesitzer\*innen ein. Den Missbrauch von Ausgangsstoffen von Explosivstoffen  
923 wollen wir durch ein strenges Monitoring unterbinden.

#### 924 **Nachrichtendienste effektiv aufstellen**

925 Grenzüberschreitender Terrorismus, geheimdienstliche Aktivitäten,  
926 Wirtschaftsspionage oder Desinformationskampagnen bedrohen unsere liberale und  
927 offene Gesellschaft. Besonders autoritäre Staaten wie China, Russland oder Iran  
928 nehmen dabei die gesamte EU in den Blick und koordinieren ihre Vorgehen in den  
929 verschiedenen Mitgliedstaaten. Beispiele hierfür sind Angriffe auf  
930 Oppositionelle oder auf unsere Kritischen Infrastrukturen (KRITIS). Dem müssen  
931 wir uns in Europa gemeinsam und entschlossen entgegenstellen. Die  
932 Nachrichtendienste spielen dabei eine wichtige Rolle und sind Teil einer  
933 wehrhaften Demokratie.

934 Bislang wird ihre Arbeit aber oft dadurch behindert, dass Informationen und  
935 Erkenntnisse europaweit nicht ausreichend geteilt werden. Wir fordern effektive  
936 und demokratische Nachrichtendienste, damit wir die Sicherheit der EU global  
937 besser gewährleisten können. Deshalb wollen wir für eine bessere und  
938 rechtsstaatliche Zusammenarbeit der europäischen Nachrichtendienste eine  
939 europäische Nachrichtendienstagentur gründen. Dort soll in den Mitgliedstaaten  
940 gesammeltes Wissen, unter Einhaltung strenger rechtlicher Vorgaben,  
941 zusammengeführt und ausgewertet werden, um die Analysefähigkeit zu stärken. Es  
942 braucht demokratisch legitimierte und rechtsstaatliche Kontrollmechanismen der  
943 Agentur, die unter Einbeziehung des Europäischen Parlaments erarbeitet werden.  
944 Wir setzen uns dafür ein, dass nachrichtendienstliche Befugnisse europaweit auf  
945 klaren Rechtsgrundlagen stehen, effektiv begrenzt werden und eine  
946 parlamentarische Kontrolle in allen Mitgliedstaaten eingehalten wird. Einen  
947 rechtswidrigen Ringtausch von fragwürdig erlangten Daten unter den  
948 Nachrichtendiensten lehnen wir ab. Darüber hinaus setzen wir uns für eine  
949 bessere Vernetzung und Kooperation der mitgliedstaatlichen Aufsichtsbehörden auf  
950 der europäischen Ebene ein.

#### 951 **Gemeinsame Strafverfolgung ausbauen**

952 Eine effiziente und gemeinsame Verfolgung von Straftaten braucht einen  
953 einheitlichen europäischen Rechtsrahmen – das gilt für das gesamte Spektrum, von  
954 der Organisierten Kriminalität bis hin zu Hasskriminalität. Dafür wollen wir  
955 insbesondere das Strafrecht weiter harmonisieren. Hasskriminalität wollen wir in

956 die Liste der EU-Straftaten aufnehmen, damit sie europaweit verfolgt werden  
957 kann.

958 Um Recht in Europa durchzusetzen, wollen wir die europäischen Strukturen  
959 stärken: Die Agentur der Europäischen Union für justizielle Zusammenarbeit in  
960 Strafsachen (Eurojust) wollen wir personell und finanziell besser ausstatten und  
961 die Europäische Staatsanwaltschaft (EUStA) ausbauen. Sie soll zukünftig eigene  
962 Ermittlungen bei grenzüberschreitenden Sachverhalten im Bereich von Terrorismus  
963 und OK führen. Grenzüberschreitende Strafverfahren wollen wir vereinfachen und  
964 in einem Land bündeln, damit sie gemeinsam durchgeführt werden können. Durch die  
965 Digitalisierung des grenzüberschreitenden elektronischen Rechtsverkehrs unter  
966 Wahrung der IT-Sicherheit und des Datenschutzes schaffen wir eine schnellere und  
967 effizientere Zusammenarbeit der Justiz in Europa.

968 Im Zentrum stehen die Rechte der Bürger\*innen: Wir treten für einen effektiven  
969 Rechtsschutz von Beschuldigten und Verteidiger\*innen ein. Hinweisgeber\*innen,  
970 Zeug\*innen und investigative Journalist\*innen spielen eine herausragende Rolle  
971 bei der Aufklärung von Straftaten und Rechtsverstößen. Wir wollen sie deshalb  
972 besser schützen. Dafür schlagen wir ein EU-Netz vor, das europaweit einen  
973 wirksamen Schutz für Menschen bietet, die bei der Aufdeckung und Verfolgung von  
974 Straftaten mitwirken. All das soll Menschen dabei unterstützen, bei der  
975 Aufklärung von Verbrechen sicher mit der Justiz zusammenzuarbeiten. Das wollen  
976 wir nutzen. Aussagen von Kronzeug\*innen sollen künftig eine größere Rolle bei  
977 der grenzüberschreitenden Strafverfolgung spielen.

## 978 **Die Bevölkerung schützen**

979 Naturkatastrophen, schwere Unglücke oder humanitäre Notlagen: Außerordentliche  
980 Notsituationen können das Leben Tausender Menschen auf den Kopf stellen und  
981 gigantische Umweltschäden nach sich ziehen. Ebenso können Angriffe auf unsere  
982 Kritische Infrastruktur unabsehbare Auswirkungen haben. Sie sind die Lebensadern  
983 unserer modernen Gesellschaft. Sie versorgen uns mit Energie oder Informationen.  
984 Einzelne Mitgliedstaaten sind mit Bedrohungen dieses Ausmaßes schnell  
985 überfordert. Die EU kann durch eigene Ressourcen und Koordination praktisch  
986 helfen – und so Sicherheit und Wohlstand auf unserem Kontinent schützen. Wir  
987 wollen den physischen und digitalen Schutz von KRITIS verbessern und  
988 zusammendenken. Dabei nehmen wir transnationale Netze stärker in den Blick. Ein  
989 verbindliches IT- Schwachstellenmanagement führen wir ein, um Attacken auf  
990 digitale Systeme zu verhindern.

991 Durch die Klimakrise drohen Extremwetterereignisse mit ihren teilweise  
992 unabsehbaren Folgen weiter zuzunehmen. Eine Stärkung des europäischen  
993 Bevölkerungsschutzes kann dabei helfen, Schäden zu reduzieren. Wir wollen das  
994 europäische Katastrophenschutzverfahren weiter stärken und mit eigenen  
995 europäischen Fähigkeiten ausstatten. Dafür wollen wir zunächst eine echte

996 europäische Löschflugzeugstaffel aufstellen und in die rescEU-Reserve einbinden.  
997 Den gesundheitlichen Bevölkerungsschutz und zum Beispiel Kapazitäten zur Hilfe  
998 bei Erdbeben oder anderen Großschadenslagen wollen wir ausbauen.

## 999 **7. Digitale Bürgerrechte**

### 1000 **Menschenrechte in einer digitalen Welt sichern**

1001 Die schnell fortschreitende Digitalisierung hat einen enormen Einfluss auf die  
1002 Art, wie wir zusammen leben. Deswegen entwickeln wir auf der Grundlage unserer  
1003 Werte eine Menschenrechtspolitik für das digitale Zeitalter. Wir wollen die EU  
1004 dabei als Vorbild und Partnerin für Rechtsstaatlichkeit und Menschenrechte in  
1005 einer globalisierten digitalen Welt stärken. Dazu müssen wir bei der Gestaltung  
1006 der digitalen Dimension die Rechte der Menschen immer mitdenken. Menschen haben  
1007 das Recht, selbstbestimmt zu leben und weder von KI noch anderen Technologien  
1008 vereinnahmt zu werden.

1009 Wir treten dafür ein, dass der digitale Raum stärker unsere vielfältige  
1010 Gesellschaft abbildet und bestehende Diskriminierung nicht in den digitalen Raum  
1011 übertragen wird. Wir fördern das konsequente Vorgehen gegen Diskriminierung und  
1012 eine aktive Beteiligung von Frauen an den Gestaltungspositionen der  
1013 Digitalisierung.

1014 Instrumente der Massenüberwachung lehnen wir daher ab. Dazu gehört etwa die  
1015 anlasslose Vorratsdatenspeicherung, biometrische Gesichtserkennung, die  
1016 Überwachung von Verhalten oder Emotionen. Besonders KI-gestützte Technologien  
1017 zur Erkennung von Emotionen oder die Zuschreibungen von teils höchst  
1018 persönlichen Eigenschaften wie Geschlecht, sexuelle Orientierung, politische  
1019 oder gewerkschaftliche Zugehörigkeit lehnen wir aufgrund der hohen  
1020 Wahrscheinlichkeit für Fehler und der möglichen Auswirkungen auf bereits  
1021 marginalisierte Gruppen ab. Die Forschung und der Einsatz besonders von  
1022 Emotionserkennung zur Unterstützung im medizinischen und sozialen Bereich sollen  
1023 davon aber nicht betroffen sein. Das Recht auf eine sichere Kommunikation und  
1024 Verschlüsselung wollen wir stärken und ausbauen. Sie ist gerade für eine freie  
1025 Presseberichterstattung oder für die Arbeit von oppositionellen Kräften in  
1026 autoritären Ländern von entscheidender Bedeutung.

1027 Der anlasslosen Verarbeitung von umfassenden Fluggastdaten und der Ausweitung  
1028 entsprechender Systeme auf andere Sektoren treten wir klar entgegen. Auch in der  
1029 EU wird Spyware eingesetzt, die tief in die Privatsphäre eindringt. Die  
1030 Verwendung von Spyware, zum Beispiel zur Überwachung von Journalist\*innen oder  
1031 Staatsanwält\*innen, lehnen wir ab.

### 1032 **Gegen Hass im Netz vorgehen**

1033 Der Zugang zu verlässlichen Informationen und Nachrichten ist eine Voraussetzung  
1034 der Demokratie. Soziale Medien und andere moderne Kommunikationsplattformen  
1035 erlauben es heute, dass Informationen und Nachrichten auf unterschiedlichste  
1036 Weise aufbereitet und diskutiert werden können.

1037 Durch Propagandakampagnen wird die demokratische Meinungsbildung gefährdet.  
1038 Wahlen sollen bewusst mit Mitteln der Desinformation beeinflusst werden. Wir  
1039 treten dafür ein, dass Sanktionen gegen staatliche Propagandaplattformen, die  
1040 gezielt Desinformationen verbreiten, etwa Russia Today, konsequent durchgesetzt  
1041 werden. Wir wollen, dass regelmäßig und europaweit Lagebilder zu  
1042 Desinformationen erstellt werden, um die Grundlage für eine effektive Bekämpfung  
1043 zu schaffen.

1044 Hass, Hetze und Desinformation greifen gezielt die offene Debatte an diesen  
1045 Orten an. Mit offenem Frauenhass wird versucht, Frauen aus dem digitalen Raum zu  
1046 drängen. Algorithmen und Targeting dominanter Digitalplattformen tragen dazu  
1047 einen wesentlichen Beitrag, indem sie Hassnachrichten und Desinformation  
1048 verstärkt verbreiten. In der Folge ziehen sich von Hassrede betroffene Personen  
1049 häufig zurück oder schränken ihre Meinungsäußerung ein – zum Schaden der  
1050 demokratischen Debatte.

1051 Die algorithmische Verstärkung von Hass und Hetze nehmen wir ins Visier. Mit dem  
1052 Digitale- Dienste-Gesetz und dem Digitale-Märkte-Gesetz haben wir in Europa die  
1053 Grundsteine gelegt, um mit Nutzer\*innen-Rechten, Transparenz und klaren Regeln  
1054 Hassrede entgegenzutreten, ein demokratischeres Internet zu schaffen und  
1055 Wettbewerb wiederherzustellen. Diese Regeln gilt es, jetzt in Deutschland und  
1056 Europa konsequent durchzusetzen und weiterzuentwickeln.

1057 Zivilgesellschaftliche Organisationen müssen von Hass und Hetze betroffene  
1058 Personen einfacher bei der Wahrnehmung ihrer Rechte unterstützen können. Dafür  
1059 wollen wir auch eine europaweite Opferberatung und niedrigschwellige  
1060 Hilfsangebote etablieren. Die Einrichtung von Spezialdienststellen bei Polizei  
1061 und Staatsanwaltschaften in den Mitgliedstaaten wollen wir unterstützen. Die  
1062 konsequente Durchsetzung des Strafrechts kann auch durch die rechtlich  
1063 gesicherte automatisierte Erkennung von strafrechtlich relevantem Material, zum  
1064 Beispiel Hassposts, unterstützt werden, das anschließend von den  
1065 Ermittlungsbehörden überprüft wird. Europol soll gegen europaweit agierende  
1066 Netzwerke vorgehen, die gezielt Hass und Hetze im Netz verbreiten.

1067 Gleichzeitig können auch klassische Medien bei der Verbreitung von  
1068 Desinformation eine wichtige Rolle spielen, wenn sie zum Beispiel Informationen  
1069 ohne Überprüfung aus den sozialen Medien übernehmen oder gar selbst aktiv bei  
1070 der Verbreitung von Falschinformationen mitwirken. Die Verbreitung von  
1071 hochwertigen gefälschten Videos, sogenannten Deepfakes, oder durch KI  
1072 manipulierten Bildern lässt Desinformationen noch glaubwürdiger erscheinen und

1073 ist für viele Menschen nur schwer erkennbar. Daher haben wir im Rahmen des KI-  
1074 Gesetzes erfolgreich die adäquate Kennzeichnung der Deepfakes verankert. Ein  
1075 wichtiger Baustein der Bekämpfung von Desinformationen in einer Demokratie liegt  
1076 in der Stärkung der Informationskompetenz, damit Menschen besser  
1077 Desinformationen erkennen können.

1078 Sogenannte Social Bots, die automatisch Inhalte in sozialen Medien verbreiten,  
1079 sollen entsprechend gekennzeichnet und somit unterscheidbar von menschlichen  
1080 Nutzer\*innen werden.

## 1081 **Europas IT schützen**

1082 Wenn unsere digitale Infrastruktur eine immer wichtigere Rolle für unser  
1083 Zusammenleben spielt, kommt ihrem Schutz eine große Bedeutung bei. Der beste  
1084 Schutz vor Cybercrime aber liegt in der Prävention und in der Resilienz  
1085 digitaler Systeme. Wir sorgen für eine konsequente Etablierung von hohen IT-  
1086 Sicherheitsanforderungen in digitalen Produkten, Diensten und Prozessen. Wir  
1087 setzen uns für eine zügige Umsetzung der aktualisierten EU- Richtlinie zur  
1088 Cybersicherheit ein, um ein EU-weites Sicherheitsniveau zu etablieren. Wir  
1089 wollen die europäische Kooperation im Bereich der Cyberabwehr deutlich stärken.  
1090 Die Agentur der Europäischen Union für Cybersicherheit entwickeln wir hierfür  
1091 weiter.

1092 Der Cyberraum wird zunehmend Schauplatz von Kriegen und Konflikten. Das sehen  
1093 wir eindringlich in der Ukraine, wo die militärische Aggression Russlands von  
1094 Cyberoperationen begleitet wird. Auch Cyberattacken etwa auf digitale Wahl- und  
1095 Verwaltungssysteme sind eine Bedrohung für unsere Demokratie und Sicherheit. Wir  
1096 setzen uns für einen norm- und regelbasierten Cyberraum ein, der von Diplomatie  
1097 und internationaler Zusammenarbeit geprägt ist. Gleichzeitig geht  
1098 Cybersicherheit mit digitaler Souveränität einher. Hier wollen wir Kompetenzen  
1099 in der EU ausbauen.

1100 Wir wollen in Europa die rechtlichen und technischen Rahmenbedingungen für  
1101 sichere „Digitale Botschaften“ schaffen. Damit sollen staatliche und öffentlich  
1102 relevante Datenbanken und technische Infrastrukturen in anderen europäischen  
1103 Mitgliedstaaten gesichert vorgehalten werden können, um auch in Krisen- und  
1104 Kriegssituationen die Arbeitsfähigkeit und den Zugang zu Daten, zum Beispiel von  
1105 Parlamenten, der öffentlichen Verwaltung, der Justiz oder den  
1106 Sozialversicherungen, zu ermöglichen.

1107 Das hohe Tempo der Digitalisierung und die Zunahme digitaler Dienstleistungen  
1108 haben auch zu einer Verlagerung von Straftaten ins Netz geführt. Darauf muss die  
1109 Strafverfolgung reagieren, besonders auf europäischer Ebene, denn Cybercrime  
1110 kennt ebenso wie das Internet keine Grenzen. Dafür stärken wir die Rolle von  
1111 Europol bei der Bekämpfung von Kriminalität im Netz. Auch die europaweite

1112 polizeiliche Zusammenarbeit zur Erkennung und Bekämpfung stärken wir. So gehen  
1113 wir auch entschieden gegen die Verbreitung von sexualisierten  
1114 Gewaltdarstellungen von Kindern und Jugendlichen im Netz vor. Wir wollen mit  
1115 gezielten Kampagnen die Bürger\*innen für Betrugsdelikte sensibilisieren, die im  
1116 Internet begangen werden.